

Die Verteidigung der Kaufkraft der Arbeiter gegen Inflation und hohe Lebenshaltungskosten.

ERNEST MANDEL

Redaktionelle Vorbemerkung

Der folgende Aufsatz unseres leider viel zu früh verstorbenen Genossen Ernest Mandel (1927 - 1995) ist ursprünglich in der französischsprachigen Zeitschrift *Quatrième Internationale*, Nr. 18 - 19 von November - Dezember 1974 erschienen.

Mandel befasst sich in diesem Text mit den Ursachen und der Funktion der Inflation im Kapitalismus. Er betont, „dass es keine Möglichkeit gibt, die Inflation zu stoppen, ohne das kapitalistische Regime abzuschaffen“. Scharf kritisiert er die prokapitalistische Behauptung, ein Stoppen der Inflation sei nur durch „Lohnzurückhaltung“ der „Arbeitnehmerschaft“ möglich.

Mandel unterstreicht die Bedeutung der „gleitenden Lohnskala“, das heißt der automatischen Anpassung der Löhne an die Preissteigerungen. Nur sie könne eine wirksame Verteidigung der Kaufkraft der Arbeiter gegen die Folgen von Inflation und hohen Lebenshaltungskosten darstellen.

Wir haben die vorliegende Übersetzung aus dem Französischen redaktionell überarbeitet, jedoch die damalige Wortwahl beibehalten.

H. N. (26. September 2022)

Die permanente Inflation ist eines der Hauptmerkmale des untergehenden Kapitalismus. Durch den Einsatz von Inflationstechniken versucht der heutige Kapitalismus zu verhindern, dass sich die unvermeidlichen periodischen Wirtschaftskrisen (heute schamhaft „Rezessionen“ genannt) in Krisen katastrophalen Ausmaßes wie 1929 - 1932 verwandeln. Mit der Manipulation der Inflation der Unternehmenskredite durch das Bankensystem sichern sich die großen Monopole die finanziellen Mittel, die sie für ihre immer gigantischeren Investitionsvorhaben benötigen. Durch Ankurbelung der Verbraucherkreditinflation (Verkäufe auf Kredit) versucht das Großkapital, den Absatz der Warenberge zu erleichtern, die es produzieren lässt, ohne die Reallöhne der Arbeiter im erforderlichen Maße zu erhöhen. Durch die ständige Ausweitung der unproduktiven Ausgaben des bürgerlichen Staates (vor allem der Militärausgaben) sichern sich die Monopole die notwendigen Auftragsbücher, um die Profite der Schwerindustrie-Trusts zu sichern.

Es wäre vergeblich, den „Haupt“-Verantwortlichen für die Inflation benennen zu wollen: die Profitgier der Industriemonopole? Das Gewinnstreben und damit die Kreditausweitung der Banken? Die Politik der bürgerlichen Regierungen? Das Wetttrüsten? All das gehört zusammen, all diese Aspekte des zeitgenössischen Kapitalismus sind eng miteinander verknüpft. Es bedeutet, gefährliche Illusionen zu verbreiten, wenn man den Arbeitern weismachen will, dass der Drache Inflation niedergerungen wird, wenn man „den Monopolen untergeordnete“ Finanzminister durch „fortschrittliche“ Finanzminister ersetzt; wenn man nur konsequent „die Politik der Entspannung und Abrüstung“ praktiziert; wenn man „die Gewinnspannen reduziert“ etc.

Die zweifellos unangenehm zu hörende Wahrheit ist, dass es keine Möglichkeit gibt, die Inflation zu stoppen, ohne das ka-

pitalistische Regime abzuschaffen. Die einzigen Bedingungen, unter denen der heutige Kapitalismus die Inflation allenfalls mäßigen könnte, wären für die Arbeiterklasse verheerende Bedingungen: Massenarbeitslosigkeit und Lohnstopps. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, dass selbst in diesem Fall die inflationäre Höllemaschine nur verlangsamt und nicht endgültig zum Stillstand gebracht würde.

Besonders verderblich ist die von bürgerlichen Experten verbreitete und von einem reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung übernommene These, dass die Arbeiter Opfer bringen müssten, um die Inflation zu stoppen, da sie von ihr mehr als jede andere Klasse der Gesellschaft betroffen seien. Diese Mystifizierung führt zu konkreten Vorschlägen: Einkommenspolitik, autoritäre (oder mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie) Begrenzung der Nominallohnerhöhungen, Kontrolle über die Lohnerhöhungen verbunden mit

einer „Kontrolle“ über die Einkommen großer und kleiner Bosse (der sogenannten Selbstständigen) und über die Preise.

In der Praxis können die Löhne vom bürgerlichen Staat nur dann effektiv kontrolliert werden, wenn Gewerkschaften und arbeitende Massen das mit sich machen lassen. Aber keine kapitalistische Regierung hat es bisher geschafft, die Preise oder die Unternehmerprofite effektiv zu kontrollieren. In der kapitalistischen Wirtschaft verfügt die Bourgeoisie nämlich über tausend Instrumente, um ihre Bilanzen zu fälschen, die Profite zu manipulieren und die Preise trotz aller gesetzlichen Maßnahmen zur „Blockierung“ in die Höhe zu treiben. Außerdem verfügt sie über tausend Seilschaften innerhalb des bürgerlichen Staatsapparats, um allzu peinliche Kontrollmaßnahmen von oben „abzumildern“ oder „aufzuweichen“.

Die Bourgeoisie und ihre Ideologen sind übrigens selbst zutiefst von der Sinnlosigkeit von „Preiskontrollen“ überzeugt, da diese gegen „die ökonomischen Gesetze“ (die Gesetze des Marktes, d. h. die Profit- und Wettbewerbslogik des kapitalistischen Regimes) verstoßen würden.

Das Schreckgespenst der „Preis- und Gewinnkontrolle“ wird von ihnen nur benutzt, um die Arbeiter zu täuschen und sie dazu zu bringen, ihr Erstgeburtsrecht – die Freiheit, mit den Kapitalvertretern über Löhne zu verhandeln, indem sie ihre kollektive Organisationskraft in die Waagschale werfen – gegen ein Linsengericht einzutauschen. Begrenzte Maßnahmen der „Preiskontrolle“ dienen manchmal bestenfalls dazu, die kapitalistische Konzentration zu beschleunigen, d. h. die Beseitigung der kleinen Bosse zugunsten der großen.

Die Inflation ist zweifellos ein Übel, dessen Auswirkungen die Arbeiter treffen. Aber die Arbeiter dürfen sich nicht irreführen und vom Wesentlichen ablenken lassen. Wer die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse auf dem Altar des „Kampfes gegen die Inflation“ opfert, macht sich zum Komplizen eines Verfahrens, das das Nationaleinkommen auf Kosten der Löhne und der Arbeitnehmer umverteilt, um die kapitalistischen Profite zu steigern. Jede Einkommenspolitik, die vorgibt, Löhne, Preise und Profite „gleichzeitig“ zu kontrollieren, verwandelt sich im Kapitalismus unweigerlich in eine reine Lohnpolizei. Solche „Inflationsbekämpfung“ müssen Arbeiter und Gewerkschaften vorbehaltlos und bedingungslos ablehnen, denn sie ist eine Waffe des Klassenkampfes des Kapitals gegen die Arbeit.

Die Inflation wird endgültig eingedämmt, wenn der Kapitalismus zerschlagen wird, wenn die Arbeiter alle politische und wirtschaftliche Macht besitzen. Bis dahin geht es nicht darum, die Interessen der Beschäftigten im Namen eines abstrakten Prinzips („Minderung der Inflation“) zu opfern, sondern darum, die Kaufkraft der Arbeiter gegen die Auswirkungen der Inflation zu verteidigen. Dies ist das Gebot der Stunde für die Gewerkschaften und die arbeitenden Massen, die mit dem Phänomen der „permanenten Inflation“ konfrontiert sind.

Da diese Inflation dem untergehenden Kapitalismus inhärent ist, wollen die Kapitalisten trotz all ihrer Anti-Inflationsimulationen nur eines: dass die Vorteile der Inflation in die Tresore der Bosse und der Bourgeoisie geraten und dass die Kosten der Inflation von den Arbeitern und den werktätigen Massen bezahlt werden.

Die Haltung der Arbeiterklasse und der Organisationen, die

sich auf sie berufen, sollte genau das Gegenteil dieser beharrlichen und oft erfolgreichen Bemühungen des Kapitals sein. Sie sollten vor allem darauf abzielen, sich zu weigern, die Kosten der Inflation zu tragen, und die Reallöhne und Realeinkommen der Arbeiter vor allen direkten und indirekten Auswirkungen der Inflation zu schützen.

Die gleitende Lohnskala als einzige wirksame Waffe gegen die Inflation.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1938 vertritt die IV. Internationale die Auffassung, dass nur die gleitende Lohnskala eine wirksame Verteidigung der Kaufkraft der Arbeiter gegen die Folgen von Inflation und hohen Lebenshaltungskosten darstellt.

Diese Idee, die lange Zeit von Reformisten und Ultralinken gleichzeitig bekämpft wurde, bahnt sich ihren Weg in die Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsbewegung auf der ganzen Welt. Es ließen sich unzählige Beispiele für Kämpfe zur Erringung der gleitenden Lohnskala anführen, sei es auf der Ebene einzelner Unternehmen, auf der Ebene von Industriezweigen oder auf nationaler, branchenübergreifender Ebene. Es ist eine Tatsache: Die praktische Erfahrung der Inflation zeigt den Arbeitern, dass die Verteidigung und der Schutz ihrer Kaufkraft durch die gleitende Lohnskala die erste und unverzichtbare Reaktion der Selbstverteidigung auf die immer stärker werdende Preisexplosion darstellt.

Das Argument, dass die gleitende Lohnskala die Arbeiter „demobilisieren“ würde, indem sie den jährlichen Kämpfen um Lohnerhöhungen den Anreiz nimmt, wird durch die Praxis widerlegt. Länder wie Italien oder Belgien, in denen die gleitende Lohnskala ganz oder teilweise angewendet wird, sind sicherlich keine Länder, in denen die Zahl der Streiks und Forderungskämpfe geringer ist als in Ländern, in denen die Arbeiter noch nicht in den Genuss der gleitenden Lohnskala kommen.

In Wirklichkeit ersetzt die gleitende Skala der Löhne keineswegs den Kampf um Lohnerhöhungen. Im Gegenteil, sie schafft gerade die Bedingungen, um einen solchen Kampf zu ermöglichen. Was heute „Kampf um Lohnerhöhungen“ genannt wird, war in der Zeit der permanenten Inflation in neun von zehn Fällen ein Kampf, um den Rückstand der Löhne gegenüber dem Anstieg der Lebenshaltungskosten aufzuholen, d. h. ein Kampf, um die Kaufkraft der Löhne wiederherzustellen und nicht zu erhöhen. Wenn diese Wiederherstellung durch Verträge, die die Lohnskala garantieren, automatisch erfolgt, kann der Kampf für eine echte Erhöhung der Kaufkraft erst richtig beginnen.

Die Erfahrung mit zahlreichen Kollektivverträgen in vielen Industriezweigen mehrerer Länder zeigt, dass in einer Zeit der permanenten und beschleunigten Inflation jede Verzögerung bei der Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten einen Kaufkraftverlust für die Arbeiter bedeutet. Das Institut für Wirtschafts- und Sozialstudien an der sehr katholischen Universität Löwen hat errechnet, dass die belgischen Arbeiter, obwohl sie den Vorteil der gleitenden Lohnskala genießen, in den letzten zwei Jahren immerhin 3 % ihrer Kaufkraft verloren haben, weil die Anpassung der Löhne an den Preisindex mit Verzögerung erfolgt.

Eine solche automatische Anpassung jedes Mal, wenn die Preise über eine ausgehandelte Schwelle steigen (z. B. 2 % oder 2,5 % – in Großbritannien „threshold agreements“ genannt),

ist zwar ein Schritt auf dem Weg zu einer gleitenden Skala, der nicht zu verachten ist. Aber es ist noch keine effektive gleitende Skala im eigentlichen Sinne. Die Arbeiterinnen und Arbeiter könnten doppelt verlieren. Erstens, weil Preiserhöhungen unterhalb der Bandbreite (z. B. 1,7 % bei einer Bandbreite von 2 % oder 2,2 % bei einer Bandbreite von 2,5 %) nicht zu Lohnerhöhungen führen, obwohl sie einen Kaufkraftverlust für die Arbeiter bedeuten. Zweitens, weil sie eine echte „Einladung“ an die bürgerlichen Regierungen und Staatsapparate darstellt, den offiziellen Verbraucherpreisindex zu manipulieren, um ihn ein wenig unterhalb der Schwelle zu halten, die eine automatische Anpassung der Löhne und Gehälter auslöst.

Eine echte gleitende Lohnskala bedeutet also, dass die Nominallöhne jeden Monat automatisch an jede Preiserhöhung angepasst werden, ohne dass es irgendwelche Stufen gibt. Auf diese Weise kann die gesamte Kaufkraft der Arbeiter erhalten bleiben. Dies wurde in den letzten Lohnverhandlungen unter anderem von den Beschäftigten der Buchdruckbranche und der Gas- und Elektrizitätswirtschaft in Belgien erreicht.

Gleitende Lohnskala und Steuern, gleitende Lohnskala und Ungleichheit.

Um diese gesamte Kaufkraft vollständig zu erhalten, müssen wir jedoch noch die Auswirkungen der Besteuerung auf die Kaufkraft der Arbeiter berücksichtigen. Früher vertrat die Arbeiterbewegung die These, dass indirekte Steuern vor allem die Geringverdiener treffen, während direkte Steuern die Reichen treffen. Der erste Teil dieser These stimmt auch heute noch. Der zweite Teil wird immer weniger wahr.

Die Erhöhung der direkten Steuern erfolgte in den letzten Jahrzehnten vor allem durch eine Verschärfung der direkten Besteuerung von Löhnen und Gehältern. In vielen kapitalistischen Ländern zahlen die Beschäftigten heute nicht nur den größten Teil der indirekten Steuern, sondern auch den größten Teil der direkten Steuern.

Dies gilt umso mehr, als die direkten Steuern auf Löhne und Gehälter in der Regel an der Quelle einbehalten, d. h. im Voraus bezahlt und direkt von den Unternehmen vollständig an die Kasse des bürgerlichen Staats überwiesen werden, während die Steuern auf kapitalistische Gewinne und auf Einkommen aus „freien“ und „selbstständigen“ Berufen verspätet und ohne echte Kontrolle gezahlt werden. So profitieren die Kapitalgeber doppelt. Steuern verspätet zu zahlen bedeutet, vom Kaufkraftverlust des Geldes zu profitieren (eine feste Summe an Steuern auf den Gewinn, die 6 Monate nach der Realisierung dieses kapitalistischen Gewinns gezahlt wird, ist eine um 5 % verminderte Steuer, wenn die jährliche Inflationsrate 10 % beträgt). Steuerzahlungen ohne effektive Kontrolle über die tatsächliche Höhe der Gewinne bedeutet, dass die Schleusen für Steuervermeidung und Steuerhinterziehung weit geöffnet sind. Diese Geldmengen ergießen sich wie eine Sturzflut in die Wirtschaft der meisten imperialistischen Länder.

Für die Arbeiter bedeutet die Progressivität der Lohnsteuer, dass jedes Mal, wenn die gleitende Skala die Nominallöhne einer höheren Besteuerung unterwirft, die Lohnsteuer stärker steigt als die Lohnerhöhung selbst.

Nehmen wir ein fiktives Beispiel, das rein demonstrativen Zwecken dient. Nehmen wir an, ein Facharbeiter verdient 2.000

französische Francs (FF) im Monat und der Anstieg der Lebenshaltungskosten führt durch das Spiel der gleitenden Skala nach einem Jahr zu einer Erhöhung des Lohns um 10 %, also auf 2.200 FF im Monat. Nehmen wir an, dass dieses gesamte Einkommen besteuert wird und dass die Besteuerung 15 % auf Einkommen zwischen 20.000 und 25.000 FF pro Jahr und 20 % auf Einkommen zwischen 25.000 und 30.000 FF pro Jahr beträgt.

Vor der Gehaltsanpassung zahlte er also 15 % Steuern auf ein Jahreseinkommen von 24.000 FF, d. h. 3.600 FF Steuern. Es blieb ihm also ein Nettogehalt von 20.400 FF. Nach der Lohnanpassung zahlt er auf ein Jahreseinkommen von 26.400 FF eine Steuer von 20 %, d. h. 5.280 FF. Ihm bleiben also netto 21.120 FF. Die Lebenshaltungskosten sind jedoch um 10 % gestiegen. Die Kaufkraft des Nettolohns von 21.120 FF entspricht also nur der Kaufkraft von 19.008 FF im Vorjahr. Es gibt also in diesem Fall einen Kaufkraftverlust von 20.400 FF auf 19.008 FF, also mehr als 1.000 FF pro Jahr, allein als Ergebnis der Progressivität der Lohnsteuer.

Den Arbeiter interessiert nicht der „Bruttolohn“, der ein rein fiktiver Begriff sowohl in der Praxis als auch in der Theorie ist. Was ihn interessiert, ist der reale Nettolohn, d. h. die Gesamtmenge an Waren und Dienstleistungen, die er mit dem Geld, das er nach zwei Wochen oder am Ende des Monats erhält, tatsächlich kaufen kann. Die gleitende Lohnskala muss die Kaufkraft des tatsächlich ausgezahlten Lohns bewahren. Sie muss daher so funktionieren, dass sie die durch die Steuerprogression erhöhten Abzüge neutralisiert.

Die Lösung, die von der Arbeiterbewegung in mehreren Ländern und insbesondere von der belgischen Gewerkschaftsbewegung gefordert wird, ist die vollständige Indexierung der Lohnsteuertabellen. Jedes Mal, wenn der Nominallohn erhöht wird, um ihn an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen, wird die Lohnsteuertabelle um denselben Prozentsatz erhöht.

In dem oben genannten Beispiel würde die Obergrenze für die Kategorie der Löhne und Gehälter, die 15 % Steuern zahlen, automatisch von 25.000 FF pro Jahr auf 27.500 FF pro Jahr steigen, wenn die Lebenshaltungskosten um 10 % gestiegen sind. Daher ändert die Erhöhung des Nominallohns von 24.000 auf 26.400 FF pro Jahr kaum etwas an der Steuerquote, die weiterhin 15 % beträgt. Die Kaufkraft der Löhne wird vollständig geschützt.

Manchmal wird eingewandt, dass bei einer solchen vollständigen Indexierung von Löhnen, Gehältern und Steuern die „Spanne“ zwischen den niedrigsten und den höchsten Löhnen zwar proportional gleich bliebe, aber in absoluten Zahlen ständig zunehmen würde. Wenn also zu Beginn die niedrigsten Löhne 6.000 FF pro Jahr und die höchsten Gehälter der Angestellten 60.000 FF betragen (in beiden Fällen nach Abzug der Steuern), würde eine vollständige Anpassung um 10 % den Jahreslohn der ungelerten Arbeiterin um 600 FF pro Jahr erhöhen, während der Lohn des hoch bezahlten Direktors um 6.000 FF steigen würde. Die Differenz zwischen den beiden Einkommen betrug anfangs 54.000 FF pro Jahr. Nach dem vollen Einsatz der gleitenden Skala würde sie 59.400 FF betragen.

Auf diese Argumentation gibt es zwei Antworten:

Erstens ist es nur gerecht, die Indexierung der Steuertabel-

len auf eine bestimmte Obergrenze zu beschränken, die auf dem Einkommen von Facharbeitern basiert. In unserem fiktiven Beispiel könnte man beispielsweise davon ausgehen, dass die Indexierung der Obergrenzen für die Lohn- und Gehaltssteuer bei 30.000 FF pro Jahr enden würde. Oberhalb dieser Obergrenze würde die Progressivität der Steuer weiterhin voll zum Tragen kommen und somit die Kluft zwischen niedrigen und hohen Löhnen etwas verringern.

Zweitens: Das beste Mittel, um die übermäßige „Spanne“ der Arbeitereinkommen zu bekämpfen, ist der Kampf für Teuerungszulagen, Jahresendprämien und echte Lohnerhöhungen (über das Spiel der gleitenden Lohnskala hinaus), die für alle gleich sind, die Anwendung des Prinzips des gleichen Lohns für gleiche Arbeit, die Abschwächung des Spiels der gleitenden Lohnskala durch die Einführung von Lohn- und Gehaltsobergrenzen, ab denen die Anpassungen nicht mehr automatisch erfolgen, sondern Gegenstand von Verhandlungen sein müssen. Eine solche Position ist theoretisch dadurch gerechtfertigt, dass die hohen Gehälter von Führungskräften nicht vollständig für den Kauf von Gütern des täglichen Bedarfs verwendet werden, die für die Erstellung des Lebenshaltungskostenindex herangezogen werden. Ein Teil des Einkommens wird für den Kauf von Luxusgütern verwendet, deren Preise sich anders entwickeln als die von Gütern des täglichen Bedarfs. Ein anderer Teil dient der privaten Kapitalakkumulation (Ersparnis), die durch wirksame gewerkschaftliche Maßnahmen (in diesem Fall: die Eroberung der gleitenden Lohnskala) nicht gefördert werden soll.

Es gibt jedoch Einwände gegen diese These. Die Einführung rein numerischer Obergrenzen würde den Automatismus der gleitenden Lohnskala erschweren, was es ja gerade zu verhindern gilt, und könnte sich bei einer galoppierenden Inflation gegen die Arbeiter selbst richten. Sie würde daher die Notwendigkeit einer regelmäßigen Überprüfung dieser Obergrenzen mit sich bringen, was das automatische Spiel der Anpassung noch weiter behindern würde. Wenn die Anpassung der hohen Gehälter an die steigenden Lebenshaltungskosten gebremst würde, würden die Löhne der Geringverdiener nicht erhöht, sondern lediglich die Profite der Unternehmer gesteigert. Unter dem Vorwand, die Akkumulation von privatem Kapital (Vermögen) der Führungskräfte zu bremsen, würde die Akkumulation von Kapital durch Konzerne und Monopole gefördert.

Letztendlich scheint uns aber diese These vor allem wenig schlüssig zu sein. Wenn die Unternehmer bestimmten Kategorien von Führungskräften hohe Gehälter zahlen, dann haben sie ein wirtschaftliches und soziales Interesse daran. Man kann sie kaum daran hindern, ohne das kapitalistische System zu Fall zu bringen. Selbst wenn die hohen Gehälter nicht indexiert wären, würden die Kapitalisten sie freiwillig „aufkunden“, ohne dazu gezwungen zu sein.

Der wahre Kampf gegen exzessive Lohn- und Gehaltsunterschiede findet nicht statt, indem man das Spiel der gleitenden Lohnskala einschränkt, sondern indem man gleiche Prämien und Erhöhungen für alle erzwingt. Die Arbeiter haben ein Interesse daran, eine einfache, transparente und automatische gleitende Lohnskala zu erzwingen. So können sie verhindern, dass sie betrogen werden und ihre Kaufkraft geschmälert wird. Die gleitende Lohnskala dient diesem Zweck und nicht

dem Zweck, die Ungleichheit bloßer Träume zu bekämpfen. Lassen wir sie diesem Zweck so genau als möglich dienen und nutzen wir andere Waffen, um andere Ziele zu erreichen.

Der Kampf um die gleitende Lohnskala ist ein Kampf der gesamten Klasse der Lohnabhängigen (einschließlich der Angestellten) und kein Kampf einzelner Gruppen. Er soll vor allem eine einheitliche branchenübergreifende Mobilisierung ermöglichen, um die Ausweitung des Prinzips der gleitenden Lohnskala auf die am schlechtesten bezahlten Arbeiter (und Sozialhilfeempfänger), die in der Regel auch am schlechtesten organisiert sind, wirksam durchzusetzen. Gerade zu diesem Zweck ist ihre vollständige Anwendung auf alle Löhne und Gehälter als Prozentsatz und nicht als feste Summe unerlässlich, um die Einheit der Interessen der gesamten Klasse zu ermöglichen. Die gleitende Lohnskala so anzuwenden, dass die bestbezahlten Schichten der Arbeiterklasse ihre Kaufkraft nicht durch die automatische Anpassung ihres Lohns an die steigenden Lebenshaltungskosten erhalten können, bedeutet nicht, den Zusammenhalt oder die wachsende Gleichheit innerhalb der Arbeiterschaft zu fördern, sondern im Gegenteil die Spaltung zu fördern.

Ein Argument für die bevorzugte Behandlung von Geringverdienern im Rahmen der gleitenden Lohnskala ist, dass die unterschiedliche Struktur der Haushaltsausgaben der Geringverdiener im Vergleich zu den Ausgaben der besser bezahlten Gruppen dazu führen würde, dass die Kaufkraft der Geringverdiener im Falle einer Inflation stärker sinken würde als die der Besserverdiener. Dieses Argument ist in Ländern wie Italien sicherlich stichhaltig, in Ländern wie Großbritannien, wo die Lebensmittelpreise von der Regierung subventioniert werden, ist es jedoch weniger stichhaltig. Wie auch immer, anstatt das automatische Spiel der gleitenden Lohnskala, die Antwort auf solche Ungerechtigkeiten, zu beschränken, muss die Arbeiterkontrolle über die Berechnung des Preisindex, der als Ausgangspunkt für die gleitende Skala dient, gefordert werden. Wobei dieser Index so genau wie möglich an die Ausgabenstruktur eines Arbeiterhaushalts mit mittlerem Einkommen „angelehnt“ sein muss.

Um die gesamte Arbeiterklasse und nicht nur die arbeitenden Menschen vor den Auswirkungen der Inflation zu schützen, ist es jedoch unerlässlich, das Prinzip der gleitenden Skala auf alle Sozialhilfeempfänger auszuweiten. Renten und Pensionen, Arbeitslosen- und Versehrtengeld, Krankengeld und Beihilfen bei Behinderungen, Geburtsprämien und Familienzulagen müssen indexiert und automatisch an die monatlichen Steigerungen der Lebenshaltungskosten ebenso wie Löhne und Gehälter angepasst werden. Diese Forderung ist umso notwendiger, als Geringverdiener mit festem Einkommen am härtesten von den steigenden Preisen für Grundnahrungsmittel betroffen sind und durch die Inflation in bittere Armut gestürzt werden.

Die gleitende Lohnskala und die „Ehrlichkeit des Index“.

Sobald die Arbeiter die gleitende Lohnskala erkämpft haben, verlagert sich der Schwerpunkt der Auseinandersetzung auf die Berechnung der tatsächlichen Preissteigerung. Sie verhindert, dass die Arbeiterklasse die Kosten der Inflation trägt. Überall bemühen sich die Bosse und der bürgerliche Staat, die

von der öffentlichen Verwaltung erstellten Preisindizes (oder Lebenshaltungskostenindizes) als Grundlage für die Berechnung von Lohnanpassungen durchzusetzen. Die Erfahrung zeigt, dass diese Indizes überall gefälscht sind und als Waffe der Unternehmer dienen, um Lohnanpassungen zu verzögern, d. h. um die kapitalistischen Profite zu steigern.

Die gängigsten Techniken, die die Bourgeoisie zu diesem Zweck einsetzt, sind:

- Die verfälschende Zusammenstellung der Artikel und Dienstleistungen, die bei der Berechnung des Lebenshaltungskostenindex berücksichtigt werden. Dieser monatliche Index ist nämlich ein Durchschnittswert, der sich aus den Preisschwankungen einer großen Anzahl von Artikeln und Dienstleistungen ergibt. Wenn man in die Gesamtmasse dieser Artikel eine Reihe von Gütern aufnimmt, die von den Arbeitern wenig oder gar nicht konsumiert werden und deren Preissteigerungen unter dem Durchschnitt liegen, erhält man einen Anstieg des Index, der nicht wirklich den tatsächlichen Anstieg der Lebenshaltungskosten widerspiegelt. So hat die belgische Gewerkschaftsbewegung lange gegen den sogenannten Kugelhutindex geklagt, weil Artikel wie Kugelhüte, die von Arbeitern kaum gekauft werden, bei der Berechnung des Lebenshaltungskostenindex berücksichtigt wurden.
- Zur gleichen Kategorie bewusster Manipulationen gehört die Praxis, Dienstleistungen, deren Preise besonders schnell steigen (z. B. in einigen Ländern Mieten und nicht von der Sozialversicherung erstattete Arztkosten), aus der Berechnung der Lebenshaltungskosten auszuschließen oder sie in einem Verhältnis einzubeziehen, das unter ihrem tatsächlichen Anteil an den Ausgaben der Haushalte liegt. Wenn Arbeiter beispielsweise 20 % ihres Einkommens für Mieten und Nebenkosten ausgeben, diese Mieten jährlich um 15 % steigen, während der Anstieg der verbrauchten Waren nur 10 % beträgt, und der Index in seiner „Gewichtung“ den Mieten nur 5 % zuweist, haben die Arbeiter durch diese unehrliche Berechnung des Index nach einem Jahr mehr als 2,5 % Kaufkraft ihres gesamten Jahreslohns verloren!
- Die falsche Ermittlung der tatsächlichen Preise. Im Kapitalismus werden trotz der fortschreitenden Konzentration des Handels dieselben Artikel oft zu sehr unterschiedlichen Preisen verkauft. Dies gilt insbesondere für Lebensmittel. Wenn die Lebensmittelpreise auf Märkten erhöht werden, wo immer weniger Haushalte die Möglichkeit haben regelmäßig einzukaufen, oder in Supermärkten in der Nähe von Autobahnen, wo die Masse der Arbeiter ebenfalls nicht einkauft, kann dies zu einem Preisindex führen, der stark von den tatsächlichen Ausgaben der Arbeiterhaushalte abweicht.
- Manipulation des Gesamtergebnisses des Index, indem man den Preis bestimmter Artikel „drückt“. Dies wurde in Belgien als „Indexpolitik“ bezeichnet, die sich für die Unternehmer und den bürgerlichen Staat jedoch nur dann auszahlt, wenn es Schwellenwerte gibt, unterhalb derer keine Lohnanpassung stattfindet. Liegt diese Schwelle beispielsweise bei 2 %, kann die Regierung durch willkürliches Einfrieren der Preise für bestimmte Massenkonsumgüter (z. B. Brot) den Indexanstieg künstlich bei 1,9 % oder 1,8 % halten und so über Monate hinweg Kaufkraftverluste von fast 2 % für die Beschäftigten verursachen.

Die Manipulation des Preisindexes ist so offensichtlich, dass in mehreren Ländern, insbesondere in Italien und Frankreich, die Beamten der statistischen Ämter sie selbst angeprangert haben und den Gewerkschaften ihre Hilfe bei der Berechnung eines „ehrlichen“ Index angeboten haben.

In Belgien haben die Gewerkschaften ein Vetorecht bei der „offiziellen Anerkennung“ des Index erhalten. Da sie neben Unternehmer- und Regierungsvertretern in einer „Preiskommission“ sitzen, können sie sich weigern, den monatlich von der Regierung veröffentlichten Index als gültig anzuerkennen. Dieses „aufschiebende Veto“ hat jedoch nur einen rein propagandistischen Wert, da es keineswegs bedeutet, dass Lohnerhöhungen, die ein ehrlicherer Index mit sich bringen würde, automatisch durchgesetzt werden.

Wenn man also eine gleitende Lohnskala garantieren will, die die Kaufkraft der Beschäftigten schützt, muss man den Gewerkschaften das Recht zubilligen, ihren eigenen Index der Lebenshaltungskosten als Grundlage für die Berechnung der Lohnerhöhungen festzulegen.

Diese gewerkschaftliche Berechnung des monatlichen Preisniveaus darf nicht im Halbdunkel von Büros, selbst wenn es sich um Gewerkschaftsbüros handelt, oder durch Techniker allein erfolgen, selbst wenn es sich um Techniker handelt, die sich in den Dienst der Arbeiterklasse stellen. Die Preise sind regelmäßig in den Geschäften von Gremien aus Hausfrauen und Arbeitern und von Preiskontrollkomitees zu erheben. Diese Erhebungen sind zu vergleichen und öffentlich und ohne jede Einschränkung vor den arbeitenden Massen zu diskutieren. Wenn die Masse der Arbeiter schon heute in die Anwendung der gleitenden Lohnskala einbezogen wird, bedeutet dies, dass morgen die umfassendste Arbeiterdemokratie, die breiteste Initiative von unten, die wirkliche Selbstorganisation und Selbstverwaltung der Arbeiter gewährleistet ist, nachdem sie die politische Macht erobert und das kapitalistische Regime gestürzt haben.

Was ist, wenn die Inflation galoppierend wird?

Die Inflation ist in den letzten Jahren immer weiter angestiegen. Die Gefahr einer galoppierenden Inflation, bei der die Preise nicht mehr um 6 oder 10 % pro Jahr steigen, sondern um 40 oder 50 %, ist für die Zukunft eine reale Bedrohung für die Löhne und Gehälter – wenn das kapitalistische Regime weiterhin überlebt. Vor allem in Zeiten scharfer sozialer und politischer Krisen ist die galoppierende Inflation eine gängige Waffe der Bourgeoisie, wie es kürzlich in Chile unter der Regierung der Unidad Popular der Fall war.

Während die Arbeiter mit schnell entwertetem Geld bezahlt werden, besitzen die Kapitalisten die „realen Werte“, also Waren, Maschinen, Grundstücke, deren in Geld ausgedrückter Wert im gleichen Maße steigt, wie die Kaufkraft dieses Geldes sinkt. Wenn also ein Klima galoppierender Inflation entsteht, kommt es zu einem Szenario, das insbesondere in Deutschland im Zeitraum 1922-23 und während der Nazi-Besatzung Westeuropas im Zweiten Weltkrieg bekannt war: massive Lagerhaltung, Spekulation und Börsenschwindel, gesetzliche oder de facto Rationierungen für Geringverdiener, Schwarzmarkt, Schlangen vor den Geschäften.

Der Rückgang des Lebensstandards der Arbeiter ist unter diesen Bedingungen unvermeidlich. Um die Kaufkraft der Be-

schäftigten schützen zu können, muss die gleitende Lohnskala nicht nur monatlich, sondern wöchentlich oder sogar täglich gelten. Die Ausweitung des Schwarzmarktes würde es im Übrigen immer schwieriger machen, einen „ehrlichen“ Preisindex zu berechnen.

Unter diesen Umständen könnte sich der Kampf zum Schutz der Arbeiterklasse vor den Auswirkungen der Inflation nicht mehr nur auf die gleitende Lohnskala und die Preiskontrolle durch Komitees konzentrieren. Man müsste dieses Arsenal an Forderungen zur Selbstverteidigung der Arbeiterklasse mit einer Reihe von Notfallmaßnahmen zum Schutz der körperlichen und psychischen Unversehrtheit der Arbeiter verbinden:

- Kontrolle des Umfangs und der Weiterleitung aller Lagerbestände durch die Arbeiter in den Produktions-, Transport- und Vertriebsunternehmen
- Aufspüren und systematische Beschlagnahme von Beständen, die auf den Schwarzmarkt abgezweigt werden, durch Stadtteilkomitees
- direkte Verteilung von lebensnotwendigen Gütern durch Fabrikkomitees an die arbeitenden Massen, über Stadtteilkomitees und Arbeiterverteilungsgenossenschaften
- Aufstellung eines Notproduktionsplans zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Arbeiter, der den Produktions-, Transport- und Vertriebsunternehmen von Arbeiterkontrollorganen auferlegt wird
- Übernahme aller Unternehmen ohne Entschädigung oder Aufkauf, die Waren aus den normalen Vertriebskanälen abzweigen.

Die Liste dieser Notstandsmaßnahmen macht deutlich, dass die galoppierende Inflation eine Situation herbeiführt, in der die Beseitigung des kapitalistischen Regimes nicht mehr nur ein rein propagandistisches Ziel der Arbeiterklasse ist, sondern sich immer mehr mit dem täglichen Kampf zur Verteidigung der unmittelbaren Lebensinteressen der Arbeiter verbindet.

Allgemeiner gesagt: In dem Maße, wie die gleitende Lohnskala durchgesetzt wird, die Inflation aber anhält oder sich verschärft, verschiebt sich der Schwerpunkt des Arbeiterkampfes zwangsläufig von einem bloßen Schutz der Kaufkraft der Löhne hin zu einem Kampf gegen die Schädlichkeit des kapitalistischen Regimes als Ganzes.

Die Verantwortung der großen kapitalistischen Firmen, der Banken und des bürgerlichen Staates für die systematische Organisation des Preisanstiegs muss konkret aufgezeigt und angeprangert werden. Die Arbeiterkontrolle über die Kalkulation der Selbstkosten in den Produktionsbetrieben, die Arbeiterkontrolle über die Verbindungswege zwischen den Produktionszentren und dem Verkauf an den Endverbraucher muss es ermöglichen, die Gewinnspannen, das Schmarotzertum sowie die Spekulation aufzudecken, die die Quellen der Inflation sind.

Die Forderung, die für die Inflation verantwortlichen großen Konzerne und Kapitalvermittler ohne Entschädigung oder Aufkauf zu verstaatlichen und sie unter Arbeiterkontrolle zu stellen, wird somit zur entscheidenden Antwort der Arbeiterbewegung gegen die Inflation als Ganzes. ■



Impressum:

ISO Rhein-Neckar
 Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
 Fon/Fax: +49 (0) 621/429 481 54
 Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
 Web: www.iso-4-rhein-neckar.de
 Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

